



Haushalts- und Finanzausschuss

81. Sitzung (nicht öffentlich)

25. November 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 14.40 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf/in: Franz-Josef Eilting, Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz zur Änderung des Sportwettengesetzes 1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4076

Vorlagen 12/2933, 12/2939, 12/2985 und 12/2995

Zuschriften 12/3330, 12/3333, 12/3334, 12/3335, 12/3340, 12/3341,
12/3347, 12/3348, 12/3349, 12/3352, 12/3356, 12/3360,
12/3362, 12/3395 und 12/3415

APr 12/1379

Der Ausschuss berät den Gesetzentwurf abschließend.

Er **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Gesetzentwurf **zuzustimmen**.

2	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)	2
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 12/4200	
	Vorlagen 12/3101 bis 12/3115 und 12/3120	
	Weitere Auswertung der Berichterstattergespräche sowie Beratung der noch ausstehenden Restpunkte	
	 Zu den folgenden Beratungspunkten ergibt sich eine Aussprache:	
	 Ergänzungsvorlagen der Landesregierung	 3
	 Übertragung von Haushaltsresten	
	Vorlage 12/3028	6
	 Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei	
	Vorlagen 12/3102, 12/3022 und 12/3038	7
	 Einzelplan 03 - Innenministerium	
	Vorlage 12/3103	7
	 Einzelplan 04 - Justizministerium	
	Vorlage 12/3104	12
	 Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung	
	Vorlagen 12/3120 und 12/3044	13

- 3 Sachstandsbericht zu "START Zeitarbeit NRW GmbH"** -
Vorlage 12/3045

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

- 4 Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Länderfinanzausgleich** 20
Vorlagen 12/3034 und 12/3035
Bericht des Finanzministeriums

Finanzminister Heinz Schleußer berichtet ergänzend und antwortet auf sich ergebende Fragen.

- 5 Sachstandsbericht zum Zukunftsinvestitionsprogramm "Arbeit und Umwelt"** 25
Vorlage 12/3041

Die Vorlage wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

- 6 Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes** 25
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 12/4224
Vorlage 12/3032

Der Ausschuss vereinbart, die inhaltliche Beratung des Erfahrungsberichts zu verschieben.

7	Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen	26
	Vorlage 12/3011	
	<u>in Verbindung damit:</u>	
	Anstieg der Eventualverbindlichkeiten im Zusammenhang mit Landesbeteiligungen	
	Vorlage 12/3021	

Zum Anstieg der Eventualverbindlichkeiten im Zusammenhang mit Landesbeteiligungen ergibt sich eine Debatte zwischen der CDU-Fraktion und den Vertretern des Finanzministeriums. Der Ausschuss nimmt beide Vorlagen zur Kenntnis.

Aus der Diskussion

Vorab vereinbart der **Ausschuss**, Punkt 3 laut Einladung - Sachstandsbericht zum Zukunftsinvestitionsprogramm "Arbeit und Umwelt" - entsprechend dem Wunsch der dazu erwarteten Staatssekretäre erst um 14 Uhr zu beraten.

1 Gesetz zur Änderung des Sportwettengesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4076

Vorlagen 12/2933, 12/2939, 12/2985 und 12/2995

Zuschriften 12/3330, 12/3333, 12/3334, 12/3335, 12/3340, 12/3341, 12/3347,
12/3348, 12/3349, 12/3352, 12/3356, 12/3360, 12/3362, 12/3395 und
12/3415

APr 12/1379

Vorsitzender Volkmar Klein trägt vor, der Landtag habe diesen Gesetzentwurf am 1. September 1999 an den Ausschuss für Innere Verwaltung - federführend - sowie den Sportausschuss und den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. Die öffentliche Anhörung habe leider in Terminkollision mit einer Sitzung des HFA am 21. Oktober stattgefunden.

Der Ausschuss für Innere Verwaltung wolle heute Nachmittag seine Beratungen abschließen, sodass es erforderlich sei, heute ein Votum abzugeben. Er schlage vor, dass die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Walsken, dem federführenden Ausschuss das Beratungsergebnis des HFA mündlich mitteile.

Rolf Wilhelm Seel (CDU) erklärt, die CDU-Fraktion werde dem Gesetzentwurf genauso wie am Montag im Sportausschuss zustimmen. Im Sportausschuss sei mitgeteilt worden, dass das Kabinett beschlossen habe, etwaige Ausfälle aufgrund von Mindereinnahmen bei Spiel 77 und bei den Sportwetten zu kompensieren. Es stehe im Raum, dass von der Fraktion der GRÜNEN ein weiterer Destinatär genannt werde bzw. beantragt werde, weitere Mittel für Suchtprophylaxe und Suchttherapie zur Verfügung zu stellen. Die CDU-Fraktion meine dazu, dass zwar ein Ausgleich erfolgen solle, plädiere aber nicht dafür, dass neue Töpfe aufgemacht würden.

Ernst-Martin Walsken (SPD) stellt fest, der Landtag dürfe nicht durch die Einführung neuer Wetten Veränderungen zulasten Dritter beschließen. Deshalb müsse der Grundsatz gelten, dass dann, wenn andere Systeme der Finanzierung dadurch ins Rutschen kämen, diese durch

Mehreinnahmen ausgeglichen würden. Die Frage, ob weitere Zweckbestimmungen genannt werden müssten, sei im federführenden Ausschuss zu diskutieren. Er halte das für nicht so problematisch, weil davon ausgegangen werden könne, dass Mehreinnahmen erzielt würden. Er erinnere daran, dass der Kulturausschuss einstimmig angemahnt habe, auch die Breitenkultur aus den Mehreinnahmen zu unterstützen.

Johannes Remmel (GRÜNE) bemerkt, das Ergebnis der Anhörung sei durchaus differenziert gewesen; dort seien mehr Aspekte beleuchtet worden als nur die Frage der künftigen Verteilung. Die Grundaussage sei, dass es in anderen Bundesländern schon solche Wetten gebe, sodass, wenn man sie in Nordrhein-Westfalen nicht einführe, Zweckerträge in andere Länder abfließen würden. Insofern sei in der Tat zu überlegen, diese auch in Nordrhein-Westfalen zuzulassen.

Andererseits sei in der Anhörung zum Ausdruck gebracht worden, dass bei dieser Form der Wette nicht ausgeschlossen werden könne, dass die Spielsucht weiter gefördert werde. Deshalb müsse man darüber nachdenken, weitere präventive Maßnahmen zu ergreifen.

Schließlich gebe es im Bereich der gemeinnützigen Destinatäre ein oder zwei Gruppen, die bisher nicht ausreichend berücksichtigt worden seien. Von daher sei darüber zu reden, wie die künftige Verteilung aussehen könne, ohne die bisherigen Destinatäre zu schwächen.

In der Anhörung sei auch herausgearbeitet und vom Präsidenten des Landessportbundes bestätigt worden, dass die Förderung des Sports über die Glücksspiele und die entsprechenden Zweckerträge in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Ländern günstig geregelt sei. Der Sport sei mit der bisherigen, auch institutionellen Förderung zufrieden.

Der **Ausschuss** empfiehlt mit den Stimmen von SPD, CDU und GRÜNEN, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4200

Vorlagen 12/3101 bis 12/3115 und 12/3120

Weitere Auswertung der Berichterstattergespräche sowie Beratung der noch ausstehenden Restpunkte

Vorsitzender Volkmar Klein weist vorab auf die tabellarische Übersicht der Aufträge und Anregungen aus den Berichterstattergesprächen hin, die er mit Schreiben vom 24. November den Ausschussmitgliedern zugeleitet habe. Dabei seien auch Aufträge und Anregungen erteilt

Anlage zu APr 12/1442

Referat I D 2
ID 2 - 2000 - 13/2000

Düsseldorf, 24.11.1999

Eckdaten der Ergänzungsvorlage zum Haushaltsplanentwurf 2000**1. Wesentliche Änderungen****Minderausgaben bzw. Mindereinnahmen**Einzelplan 03

Verringerung der Personalkosten wegen Absetzung von
80 Planstellen im Polizeikapitel wegen der Verlagerung des
Regierungssitzes nach Berlin

/./ 5,6 Mio. DM

Einzelplan 05

Absenkung der Landesanteile an der Finanzierung von
Bund-Länder-Einrichtungen

/./ 4,3 Mio. DM

Einzelplan 10

Änderung der Ansätze für die Gemeinschaftsaufgabe
"Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"
in Anpassung an die jetzt feststehenden Mittelzuweisungen
des Bundes:

Absenkung der Bundeszuweisungen

/./ 43,8 Mio. DM

Absenkung der Bundes- und Landesmittel für die
Gemeinschaftsaufgabe

/./ 73,0 Mio. DM

Einzelplan 14

Absenkung der Einnahmen aus der Fehlbelegungsabgabe
aufgrund einer Gesetzesänderung

/./ 75,0 Mio. DM

Absenkung der Zuschüsse an die Wohnungsbauförderungs-
anstalt für die Fehlbelegungsabgabe

/./ 75,0 Mio. DM

Absenkung der Zuweisungen des Bundes für das Landes-
wohnungsbauprogramm

/./ 10,8 Mio. DM

Absenkung der Zuweisung von Bundeszuschüssen an die
Wohnungsbauförderungsanstalt für das Landeswohnungs-
bauprogramm

/./ 10,8 Mio. DM

Saldo aus Minderausgaben und Mindereinnahmen

/./ 39,1 Mio. DM

Anlage zu APr 12/1442

2

Mehrausgaben und MehreinnahmenEinzelplan 10

Erhöhung der Finanzausweisungen an die Landwirtschaftskammern zur Abdeckung bestehender Personalkosten und Versorgungsbezüge

+ 5,0 Mio. DM

Einzelplan 11

Sach- und Personalkosten für den Maßregelvollzugsbeauftragten

+ 2,4 Mio. DM

Einzelplan 14

Erhöhung der Zins- und Tilgungsrückflüsse aus Wohnungsbaukrediten, die das Land dem Bund entsprechend seiner finanziellen Beteiligung zu erstatten hat.

+ 67,6 Mio. DM

Einzelplan 15

Erhöhung der anteiligen Erstattungen des Bundes im Zusammenhang mit dem Gesetz über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (StrRehaG)

+ 6,7 Mio. DM

Erhöhung der Ausgaben nach dem StrRehaG

+ 10,3 Mio. DM

Erhöhung des Bundesanteils an den Aufwendungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (OEG)

+ 2,0 Mio. DM

Erhöhung der Ausgaben für Aufwendungen nach dem OEG

+ 11,1 Mio. DM

Sonstige Mehrausgaben

+ 0,8 Mio. DM

Saldo aus Mehrausgaben und Mehreinnahmen

+ 88,5 Mio. DM

2. Deckungslücke

Aus dem Saldo von Mehrausgaben und Mehreinnahmen mit und dem Saldo von Minderausgaben und Mindereinnahmen von ergibt sich eine Deckungslücke von

+ 88,5 Mio. DM

/. 39,1 Mio. DM

49,4 Mio. DM

Diese wird wie folgt geschlossen:

Absenkung des Personalverstärkungsfonds im Epl. 20

/. 15,0 Mio. DM

Ausbringung einer Globalen Minderausgabe bei den Personalausgaben im Epl. 20

/. 34,0 Mio. DM

insgesamt

49,0 Mio. DM

Die restlichen werden durch Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssumme des Haushalts gedeckt.

0,4 Mio. DM